

(Abgeordneter Richter.)

(A) meine Herren, vergeblich sucht man nun den Funken eines neuen Gedankens. An unserem Herrn Finanzminister sind die gewaltigen, bewegenden Ereignisse der Gegenwart spurlos vorübergegangen. Ich erinnere nur an den Transportarbeiterverband.

**Präsident** (unterbrechend): Ich bitte, sich in den Ausdrücken der Königlichen Staatsregierung gegenüber etwas zu mäßigen.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

**Abgeordneter Richter** (fortfahrend): Der Transportarbeiterverband, der auch von unserem Herrn Finanzminister nur als bloßer Streikverein betrachtet wird, hat seit Ausbruch des Krieges bis zum Jahreschlusse 1915 2012148 M. für Kriegsunterstützungen bezahlt. Das ist eine Tatsache, die auch vom Herrn Finanzminister und den ihn umgebenden Behörden anerkannt werden muß.

(Zuruf links.)

Über alle diese kulturellen Taten, die nicht nur von diesem Verbands, sondern auch von allen anderen Verbänden gemacht worden sind, geht man mit der altväterlichen Methode hinweg: Das sind Streikvereine, die werden bei uns nicht gestattet.

(B) Meine Herren! Unsere Staatsarbeiter haben es wirklich verdient, daß man ihnen mehr Vertrauen entgegenbringt, als das von seiten der Königlichen Staatsregierung geschieht. Wenn die Krieger aus dem Schützengraben zurückkommen, wollen sie nicht mehr bitten und betteln, sondern ihr Recht haben. Sie wollen das eingelöst wissen, was ihnen der Reichskanzler und andere hohen Stellen erklärt haben, daß eine Neuorientierung in der inneren Politik erfolgen soll. Sie sollen jetzt angeblich Deutschland gegen den Feind schützen und sichern, und sie selbst werden wie unmündige Kinder behandelt.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Es handelt sich doch hier um die Frage, ob sich das mit den Dingen verträgt, die sich in der Gegenwart abspielen. Kommen diese Staatsarbeiter zurück und sollen sie wieder in der alten Weise in ihre Verhältnisse eintreten, so werden sie sich allerdings dann die Frage vorlegen müssen: Was hat es uns denn genützt, hat man denn für unsere Opfer irgendwie ein Verständnis gehabt? Und sie müssen dann zu der Überzeugung kommen: Wenn es nach den Empfindungen gegangen wäre, die es ausgelöst hat, als man uns wieder in den alten, verknöcherten Rahmen des Arbeitsverhältnisses einspannen wollte, da wäre wohl manches anders gekommen.

Meine Herren! Die Eisenbahner in den meisten an-

deren Ländern haben ein ungehindertes Koalitionsrecht. (C) Es ist heute nicht angebracht, Beispiele aus dem Auslande vorzubringen, obwohl ich eine ganze Menge von Ländern anführen könnte, wo den Arbeitern weder gesetzliche Hindernisse bei Ausübung des Koalitionsrechtes, noch etwa bei der Absicht, mit Hilfe eines Streiks Forderungen durchführen zu wollen, im Wege stehen. Ich weiß auch, daß es gesetzliche Bestimmungen gibt, die speziell das Streikrecht ausschließen. Ich weiß auch — und das ist die Hauptsache, die uns die Erkenntnis bringt —, daß die meisten Eisenbahnerbewegungen, auf die es in der Hauptsache ankommt, und die Eisenbahnerbewegungen, die selbst für den Staat nicht ungefährlich geblieben sind, gerade in denjenigen Ländern zutage getreten sind, wo man die Organisation der Eisenbahner nicht anerkennen wollte. In Deutschland haben wir ja das wunderbare Verhältnis, hier deckt sich zwar meine Auffassung nicht mit der von der Rechten dieses Hauses, aber das Verhältnis bleibt bestehen, die Eisenbahner und die Staatsangestellten haben auf Grund von Tit. 7 § 152 der Gewerbeordnung das Recht auf freie Koalition. Durch Arbeitsordnungen und Dienstordnungen wird aber dieses gesetzlich gewährleistete Recht illusorisch gemacht. Das ist ein Verhältnis, das jedenfalls unmöglich für die Zukunft und auf die Dauer erhalten bleiben kann.

Nun hat bei anderer Gelegenheit einmal der Herr (D) Minister einen Ausspruch getan, der dem Sinne nach darauf hinauslief: Ja, die Eisenbahner können sich ja zusammenschließen, gewiß, das ist ihr Recht, aber nur in den Vereinen oder Organisationen, die den behördlichen Stempel aufweisen. Was aber auf diesem Gebiete geschehen ist, ist doch einfach, gelinde gesagt, des Guten zuviel. An Vereinen fehlt es nicht. Wir haben im Jahre 1915 nicht weniger als 823 Eisenbahnervereine mit ca. 524 000 und einigen Hundert Mitgliedern gehabt. Es ist möglich, daß bei der letzten Zahl verschiedene doppelt und dreifach gezählt worden sind, aber die Tatsache besteht, daß sich 823 Vereine um das Wohl und Wehe speziell der Eisenbahner bekümmern. Ja, meine Herren, jeder Verwaltung muß doch ein gelindes Grauen überlaufen, wenn sie den Wünschen und Anregungen von 823 Vereinen folgen und nachgehen soll. Wenn diese Tausendfüßler einmal aussterben, könnte das jedenfalls nur zu wünschen sein und im Interesse des Großen und Ganzen liegen. Auch die Kammer hat ein bestimmtes Interesse daran, daß die Vielgestaltigkeit der Interessen der Staatsarbeiter endlich einmal verschwindet, denn der Kammer werden jährlich einige Duzend Petitionen unterbreitet, die durchgearbeitet werden müssen und die alle darauf hinauslaufen, daß die Arbeiter sagen: Für uns